

Institutioneller Wandel von Industrie- und Handelskammern im europäischen Vergleich

Kammerrechtstag 6.-7.10.2016

Leipzig

Prof. Dr. Detlef Sack

Gliederung

- Institutioneller Wandel – Phänomene
- Erklärungsfaktoren I – Wirtschaft und Politik
- Erklärungsfaktoren II – Leistungserbringung und Mitgliedschaftslogik
- Fazit

Die schlechte (oder gute?) Nachricht

Es gibt keine einheitliche Entwicklung!!!

Institutioneller Wandel – Phänomene I

Institutioneller Wandel seit 2000	Land / Länder
Abschaffung Pflichtmitgliedschaft bzw. der Pflichtbeiträge	Slowenien, Spanien, Griechenland
Einführung Pflichtregistrierung von Unternehmen (ohne Mitgliedschaftsrechte)	Spanien, Ungarn
Progressive Reduktion staatlicher Finanzmittel	Frankreich, Niederlande
Regionalisierung des Kammernetzes	Frankreich, Italien, Spanien
Fusion der Kammern mit staatlicher Wirtschaftsförderung	Niederlande, (Frankreich)
Transparenzinitiative der Kammer	Italien, Deutschland
Quelle: CCI 2014 mit eigenen Ergänzungen	

Institutioneller Wandel – Phänomene II

Institutioneller Wandel seit 1990	Land / Länder
Konstitutionelle Aufwertung der funktionalen Selbstverwaltung	Österreich
Stabilität des öffentlich-rechtlichen Modells mit Pflichtmitgliedschaft mit Konversion	Deutschland, Frankreich
Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft mit nachfolgender Einführung eines Mischmodells	Spanien, Ungarn
Stabilität des angelsächsisch-korporatischen Modells	Dänemark
Stabilität des angelsächsischen Modells trotz Debatte um die Einführung einer Pflichtmitgliedschaft	Großbritannien, Polen

Erklärungsfaktoren I – Wirtschaft und Politik

- Polarisierung in der Unternehmensstruktur
- Wirtschafts-, Finanz- und Fiskalkrise seit 2008
- Kooperation und Konkurrenz zwischen IHKn und Wirtschaftsverbänden
- Unterschiedliche Assoziationsbereitschaft von Unternehmen

Erklärungsfaktoren II – Wirtschaft und Politik

- Kein eindeutiges parteipolitisches Profil, aber große Koalition vs. Anti-Establishment Programmatik
- Personalunionen zwischen Kammern und Mehrheitsparteien (stabilisierend und marginalisierend)
- Abhängigkeit der Kammern von der Regierung bei der Leistungserbringung (Ressourcenzuwachs vs. mitgliederorientiertes Dienstleistungsangebot), inkl. Verantwortlichkeit für die Leistungserbringung
- Unterordnung der Kammern unter allgemeine Staatsreformen

Erklärungsfaktoren III – Leistungserbringung und Mitgliedschaftslogik

- Defizitäre Leistungserbringung aufgrund schlechten Managements und räumlicher Dysfunktionalität
- Unzufriedenheit in Teilen der Mitgliedschaft
- Politische Unternehmer UND Respons in der politischen und juristischen Umwelt bzw. Allianzen mit politischen Parteien

Die gute (oder schlechte?) Nachricht

**Es gibt Ähnlichkeiten in der
uneinheitlichen Entwicklung!!!**

Fazit

Konvergenz

Regionalisierung und „Entlokalisierung“ der Selbstverwaltung

Verringerung der Finanzzuflüsse

Unterschiede

Mitgliedschaftsstatus:

Pflichtmitgliedschaft, Pflichtregistrierung und freiwillige Mitgliedschaft

Öffentliche Aufgaben:

Beauftragung, Kontraktualisierung, gemeinsame Verwaltungsstruktur, konkurrierende Verwaltungsstruktur

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Fazit

- Uneinheitliche Entwicklung aufgrund unterschiedlicher Ausgangspunkte (z. B. Regionalisierung)
- Unterschiedliche Kombination von Erklärungsfaktoren (Staatsreformen (territorial, wirtschaftspolitisch), politische Reformen, Konkurrenz der Wirtschaftsverbände)
- Kammerreformen als „Kollateralschaden“ bei normativer Bedeutungslosigkeit der Selbstverwaltung
- Leistungsdefizite und Mitgliederunzufriedenheit sind keine hinreichende Bedingung für institutionellen Wandel

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Detlef Sack

detlef.sack@uni-bielefeld.de